



Inhalt	Seite	BaB-Update
Dienstleistungsrichtlinie: Wenig Aussicht auf Erfolg im Rat	1	Stand: 18. September 2006
Zur Information		<u>Verantwortlich:</u> RA Anton Bauch, LL.M.

BINNENMARKT

Dienstleistungsrichtlinie: Gebhard-Änderungen haben wenig Aussicht auf Erfolg

Die Berichterstatterin Frau MdEP Evelyn Gebhardt hat letzten Mittwoch ihre Änderungsanträge zum Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments vorgestellt. Die insgesamt elf Änderungen für die zweite Lesung betreffen vor allem die Bereiche Arbeitsrecht, Sozialdienstleistungen, Dienstleistung von allgemeinem Interesse, Verbraucherschutz und die Verwaltungszusammenarbeit.

Gebhardt verteidigte die Anträge als „rein technische Anpassungen“, die der „Klarstellung dienen“. Zudem kündigte sie weitere acht bis neun Änderungen zu den Erwägungsgründen an. Trotzdem zeigte sie sich zuversichtlich, dass der Zeitplan, der eine Annahme im November-Plenum vorsieht, eingehalten werden könne.

Während MdEP Jonckheer (Grüne) und MdEP Brie (Vereinigte Linke) für ihre Fraktion erklärten, die Änderungen unterstützen zu wollen, äußerten sich die konservativen Abgeordneten der EVP sowie die Liberalen sehr skeptisch und bestritten den rein technischen Charakter. Einige der Anträge würden den Text wesentlich ändern und den mühsam gefundenen interinstitutionellen Kompromiss gefährden.

Die Vertreterin der finnischen Ratspräsidentschaft erklärte, dass es seitens des Rates **keinerlei Spielraum** gebe – dort, wo der Kern des fragilen Kompromisses berührt würde, sehe der Vorsitz keine Chance auf Berücksichtigung der Änderungswünsche. Die Vertreterin der Kommission kritisierte, dass durch die vorgeschlagenen Anpassungen die Klarheit des Textes und damit auch die Rechtssicherheit leide.

Weitere Änderungsanträge können bis 20. September 2006 eingebracht werden, am 05., 09., und 10. Oktober 2006 sollen diese dann von den Abgeordneten diskutiert werden. Die Abstimmung im Binnenmarktausschuss ist für den 23. Oktober 2006 vorgesehen. Die Abstimmung im Plenum könnte dann im November erfolgen.